

Inhalt

Einleitung	7
1. Der Entstehungskontext der ‹Antifaschistischen Aktion› ...	19
Der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution von 1918/19.....	22
Die Weimarer Republik und die Entstehung des Faschismus.....	27
Die Ausrufung der ‹Antifaschistischen Aktion› im Jahr 1932	41
Die NS-Diktatur und der Widerstand.....	49
2. Antifaschismus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ...	55
Staatliche antifaschistische Richtlinien nach 1945	55
Antifaschistische Organisationen und Parteien in der Bundesrepublik.....	60
<i>Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) 60 · Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) & Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 65 · Der Kommunistische Bund (KB) 68 · Die Linke und Die Linksjugend 72</i>	
3. Die ‹Autonome Antifa›	77
Entstehung in den frühen 1980er Jahren.....	78
<i>Die Straßenschlacht von Fallingbommel im Oktober 1983 91 · Der Tod Günter Sares am 28. September 1985 in Frankfurt am</i>	

<i>Main 94 · Weitere Entwicklungen der autonomen Antifa in den 1980er Jahren</i>	95
<i>Die 1980er Jahre in der DDR</i>	104
Entwicklungen in den 1990er Jahren	III
<i>Pogromartige Gewaltausschreitungen nach der Wiedervereinigung</i>	113
<i>Bundesweite antifaschistische Vernetzungsversuche (AA/BO, B. A. T.)</i>	123
<i>Neue antifaschistische Subgruppen (Antifaşist Gençlik, Fantifa-Gruppen, Edelweißpiraten)</i>	126
<i>Der ‹Cultural Turn› der autonomen Antifa</i>	138
<i>Rassismus, Rechtsextremismus und die staatlichen Reaktionen</i>	142
Postautonomie: Die Spaltung der linksradikalen Bewegung in den 2000er Jahren	151
<i>Die Antideutschen</i>	152
<i>Die Antiimperialisten</i>	155
<i>Post-autonome Ansätze und Bündnisse</i>	157

4. Die autonome Antifa zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlichen Repressionen 171

5. Fazit 183

Anmerkungen 189

Einleitung

Im Dezember 2017 stand Jan ‚Monchi‘ Gorkow, Sänger der Politpunkband ‚Feine Sahne Fischfilet‘, in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) vor Gericht, weil er dort bei einer Demonstration im Mai 2015 an Gewaltausschreitungen gegen eine Gruppe von Neonazis beteiligt gewesen sein soll.¹ Im Prozess gab ein als Zeuge bestellter Polizist zu Protokoll, dass linke Aktivist*innen damals lauthals einen Schlachtruf skandiert hätten. Auf Nachfrage des Richters, wie der Spruch gelautet habe, erklärte der Staatsbedienstete: «Ich kann kein Spanisch: ‚Barista, Barista Antifascista‘ oder so.»² Vor allem in der virtuellen Welt sorgte das Missverständnis des Polizisten für reichlich Erheiterung – schließlich lautet der Slogan eigentlich «Alerta, Alerta Antifascista» und geht auf das Engagement italienischer Antifaschist*innen gegen Diktator Benito Mussolini in den 1920er Jahren zurück. Viele Twitter-Nutzer*innen verbreiteten den Witz und die *taz*-Redaktion schlug ihren Leser*innen einige weitere Abwandlungen linker Parolen vor, wie zum Beispiel: «Kein Gott, kein Staat, kein Kaffeeautomat!», «Ohne Kaffeedampf kein Klassenkampf!» und «Hoch die internationale (Kaffee-)Spezialität!».³ Rasch avancierte «Barista, Barista Antifascista» zu einem vielzitierten Bonmot in der linksalternativen Szene und es folgten verschiedene Buttons und T-Shirts mit entsprechenden Motiven.

Bereits dieses Beispiel veranschaulicht, dass die antifaschistische Linke längst ihre vor allem durch Punkrock beeinflusste

subkulturelle Nische verlassen und mit Stilmitteln der Postmoderne wie Ironie, Intertextualität und Stilpluralismus eine eigenständige Jugend- und Popkultur begründet hat. Signifikante Veränderungen fanden in den letzten Jahren allerdings nicht nur im Bereich der antifaschistischen Codes und Symbole statt, sondern ebenso in Bezug auf Kleidungsstil, Konzerte und Veranstaltungskultur: Schwarze Windbreaker-Jacken haben zunehmend die traditionellen button- und nietendekorierten Lederjacken abgelöst, Electro und Hip-Hop (insbesondere das innerhalb der Szene als ‚Zeckenrap‘ bezeichnete Subgenre) konnten sich im linksalternativen Spektrum ebenso etablieren wie der klassische ‚Drei-Akkorde-Punkrock‘. Ein kleiner linksorientierter Verlag veröffentlichte obendrein ein ansprechend designtes Nachschlagewerk für Antifaschist*innen und Antirassist*innen, das ihnen die Grundlagen für den ordentlichen Ablauf ihrer Sitzungen und Treffen (Tagesordnung, Redeleitung, Moderation, Protokoll, Entscheidungsfindung etc.) erläutert.⁴

Doch letztendlich stellen diese Entwicklungen nur dezente Veränderungen in einer insgesamt langen und traditionsreichen Geschichte der Antifa dar: Schließlich reicht die Historie der ‚Antifaschistischen Aktion‘ bis in die 1920er beziehungsweise 1930er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, als die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) angesichts des erstarkenden Nationalsozialismus zu einer breiten und elastischen Einheitsfront aus Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen, Anarchist*innen und Gewerkschafter*innen aufrief. Die Erkenntnis, dass dieser Widerstandskampf nur kollektiv erfolgreich sein könne, setzte sich jedoch zu spät durch, sodass die innerlinken politischen Feindschaften und Gegensätze die antifaschistische Bewegung entscheidend lähmten und sie die Machtübernahme der Nationalsozialist*innen ab 1933 nicht mehr verhindern konnte. Wie kein anderes historisches Ereignis prägt die

NS-Diktatur – mithin die absolute Entgrenzung der Gewalt im Zweiten Weltkrieg und der Zivilisationsbruch des Holocaust – die kritische Auseinandersetzung der antifaschistischen Linken bis heute. «Die totale Niederlage gegen die Nazis», das System der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager, «die Empathie mit den Opfern», aber ebenfalls das Fortleben antisemitischer, faschistischer und rassistischer Denkmuster sowie eines «deutschen Opfermythos nach 1945 prägen die Gesellschaftsanalyse und Motivation der antifaschistischen Linken bis heute».⁵

Nach 1945 entstanden in der Bundesrepublik Deutschland zunächst einige antifaschistische Organisationen und Parteien wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) oder der Kommunistische Bund (KB). Da diese jedoch aus der Sicht linksradikaler Strömungen nicht ausreichend Akzente gegen faschistische Tendenzen in der Gesellschaft setzen konnten, bildeten sich zu Beginn der 1980er Jahre zudem erste «autonome Antifa-Gruppen». Diese vertrauten prinzipiell nicht auf staatliche Schritte zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus, sondern sprachen sich explizit für antifaschistische Eigeninitiativen aus. Die autonome Antifa-Bewegung weist seitdem ein breites Spektrum an Aktionsformen auf, das von antifaschistischer Aufklärungs- und Bildungsarbeit über Sabotageaktionen und Sachbeschädigungen bis hin zu Gewalttattacken auf politische Gegner*innen reicht. Da sie sich den «Kampf auf der Straße» durchaus auf die Fahnen schreibt, zählen Gewaltbereitschaft und Militanz zu ihren zentralen Charakteristika.

Seit ihrer Entstehung sieht sich die autonome Antifa-Bewegung folglich mit staatlichen Einschränkungen und Repressionen wie Hausdurchsuchungen, Kontrollen und Überwachungen konfrontiert. In der Bundesrepublik stuft das Bundesamt

für Verfassungsschutz (BfV) die autonomen antifaschistischen Strömungen als «linksextrem» ein. Der in den Verfassungsschutzberichten verwendete Oberbegriff «Extremismus» suggeriert eine Nähe von «Linksextremismus» und Antifa-Aktivitäten zum «Rechtsextremismus», was sowohl in der Wissenschaft als auch in der Zivilgesellschaft zum Teil auf enorme Kritik stößt. Die Einordnung des Verfassungsschutzes beruht auf dem sogenannten «Postulat der Äquidistanz», wonach die Bundesoberbehörde alle Formen von Extremismus gleichermaßen ablehne. Kritiker*innen dieses Ansatzes verweisen jedoch darauf, dass eklatante Unterschiede zwischen «Links-» und «Rechtsextremismus» existieren, etwa darin, dass radikale Linke «im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen»⁶ und dessen Gewaltmonopol nicht anerkennen, während Rechtsextremist*innen antiegalitäre Ideologien wie Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus befürworten und forcieren.⁷

Unabhängig von der Kontroverse über die Sinnhaftigkeit des «Postulats der Äquidistanz» steht jedoch fest: Die Antifa-Bewegung polarisiert. Für Kritiker*innen stellt sie aufgrund ihrer konfrontativen Praxis und der Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols eine Gefährdung für die Demokratie von links dar. Aktivist*innen und Sympathisant*innen glauben dagegen, dass Antifa-Gruppen einen notwendigen zivilgesellschaftlichen Beitrag gegen Rassismus und Rechtsextremismus leisten. Zuletzt ist die Diskussion über die Legalität beziehungsweise Legitimität der Antifa-Bewegung sogar in der internationalen Öffentlichkeit wieder verstärkt entfacht. So erregte etwa der damalige US-Präsident Donald Trump im Sommer 2019 die Gemüter, als er sich in einem kryptischen Tweet dafür aussprach, Antifa-Gruppen als Terrororganisationen einstufen zu lassen (und andere Republi-

kaner wie der ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani wollten ‹die Antifa› für die Stürmung des Kapitols im Januar 2021 verantwortlich machen).

In der Bundesrepublik löste Trumps Tweet eine deutliche Abwehrreaktion aus: Unter dem Hashtag #IchbinAntifa boten neben vielen Privatpersonen auch einige Politiker*innen dem US-Präsidenten Paroli: Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Sven Lehman twitterte beispielsweise: «#IchbinAntifa, weil die Antifa oft hingeschaut hat, als Menschen abgewertet oder angegriffen wurden, wo andere weggeschaut haben». Und der Co-Vorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger, schloss sich dem folgendermaßen an: «#IchbinAntifa immer und überall. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns dazu aufzustehen gegen Rassismus und Faschismus. Auf der Straße und im Parlament. #NieWieder.» Vor allem aus dem Umfeld der Alternative für Deutschland (AfD) gab es auf Twitter jedoch ebenso Beiträge, die den Vorstoß des US-Präsidenten begrüßten, etwa vom AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Braun: «Wenn die #Antifa endlich auch hierzulande als terroristische Vereinigung eingestuft wird, dann bietet der heute populäre Hashtag #IchbinAntifa einen sehr reichhaltigen Fundus für Ermittlungsansätze im Anti-#Terror-Kampf. @realDonaldTrump macht's möglich, besten Dank! #AfD.»⁸

Wenige Wochen später reichte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag mit dem Titel «Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft – Rechtsstaat und Demokratie schützen – ‹Antifa› ächten» ein. Ganz im Stile des ‹Postulats der Äquidistanz› fordert die rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei darin: Der «gesellschaftlichen Polarisierung [könne] nur effektiv begegnet werden [...], indem man sich gemeinsam und in glaubhafter Form gegen alle extremistischen Strömungen rechter, linker oder islamistischer Art ein-

setzt».⁹ Letztlich lehnte der Deutsche Bundestag im Juni 2020 den Antrag der AfD-Fraktion mit 554 zu 85 Stimmen ab; der Denkansatz des ‚Postulats der Äquidistanz‘ wurde seitdem in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert und aufgrund seiner Eindimensionalität zunehmend kritisiert. Einzelnen Politiker*innen der Grünen und der Linken, die sich im Deutschen Bundestag beispielsweise durch das Tragen eines Buttons mit der Antifa solidarisierten, erteilte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) unter Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 1000 Euro sowie eines Sitzungsausschlusses eine Rüge.¹⁰ Anschließend tauchten erneut viele Hashtags wie #DankeAntifa oder #ichbinantifa bei Twitter auf, dagegen forderten einige Politiker*innen ein Verbot von Antifa-Gruppen.

Im Fokus der Öffentlichkeit stand die autonome Antifa-Bewegung zuletzt jedoch vor allem aufgrund ihrer zunehmenden Gewaltbereitschaft: Im Oktober 2019 steckten einige radikale Linke aus Protest gegen Gentrifizierung in Leipzig drei Baukräne in Brand, worauf ein ganzer Wohnblock evakuiert werden musste; im Dezember 2019 verübte eine Antifa-Gruppe einen Anschlag mit Farbbeuteln und Steinen auf das fahrende Auto des Hamburger Innensenators, während dessen zweijähriger Sohn auf der Rückbank saß; und im Leipziger Stadtteil Connewitz kam es in der Silvesternacht 2019 wie zuvor schon häufiger zu Gewaltausschreitungen zwischen der Polizei und antifaschistischen Gruppen, worauf eine politische Diskussion entbrannte, in der Linke die Polizei für die Eskalation der Situation verantwortlich machten, während Konservative davor warnten, die linksradikalen Attacken zu verharmlosen.

Diese Beispiele veranschaulichen, dass der Begriff ‚Antifa‘ und der Diskurs über antifaschistische Gruppierungen Konjunktur hat. In Anbetracht des Facettenreichtums der Bewegung ist es jedoch nicht leicht, ‚die Antifa‘ als solche zu definieren. Stets

kommt es auf den jeweiligen lokalen Kontext («also [die] Größe der Stadt, [die] Stärke der rechten Szene etc.»), auf die theoretischen wie symbolischen Deutungskämpfe um den Begriff «Antifaschismus» sowie auf die Betrachtungsperspektive an, was «Antifa» im Konkreten bedeutet.¹¹ Im Wesentlichen lässt sich allerdings konstatieren, dass «Antifa» aktuell ein (abstrakter) Sammel- und Kampfbegriff für viele verschiedene linke Strömungen, Initiativen, NGOs, Parteien, Gewerkschaften sowie Aktionsstrukturen und Politikansätze ist, die Faschismus – also eine auf dem Führerprinzip basierende, antidemokratische, nationalistische, rassistische und rechtsextreme Ideologie und Bewegung – konsequent ablehnen. Insofern richtet sich die Antifa-Bewegung vor allem gegen autoritäre und repressive Herrschaftsformen sowie gegen soziale Ausgrenzung. Im Umkehrschluss setzen sich die antifaschistischen Aktivist*innen ihrem Selbstbild zufolge bei konstant kritischer Einstellung gegenüber Politik und Gesellschaft im Sinne eines Minimalkonsenses für humanistische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit sowie für demokratische und soziale Rechte für alle Menschen ein.¹²

Diese Charakteristika bilden im Grunde den kleinsten gemeinsamen Nenner im Selbstverständnis eines breiten und diversen Antifa-Spektrums. Bemerkenswert ist dabei, dass dieses in erster Linie durch «ein System von einschlägigen Symbolen und Ereignissen» zusammengehalten wird und antifaschistische Aktivist*innen vor allem durch die permanenten Auseinandersetzungen mit Rechten und Rechtsextremist*innen versuchen, eine inhaltliche Klammer zu erzeugen, die wiederum anschlussfähig für größere Gesellschaftsgruppen sein soll.¹³ Aus dieser steten Konfliktbereitschaft leitet sich allerdings der wichtigste Kritikpunkt an der Bewegung ab, denn insbesondere für die autonomen Antifa-Gruppen stellt die Bereitschaft zur Militanz

ein konstitutives Merkmal dar. Zwar gibt es in der Szene einen weitgehenden Konsens darüber, körperliche Gewalt lediglich als letztes abschreckendes Mittel zur Selbstverteidigung anzuwenden und keine lebensbedrohlichen Attacken auf Leib und Leben von Rechtsextremist*innen oder Repräsentant*innen von Staat und Wirtschaft zu verüben, jedoch haben die Gewalteskalationen zur Folge, dass die Bewegung mit dem Label ‹Linksextremismus› etikettiert wird. Dazu tragen ferner die antistaatlichen und antikapitalistischen Grundeinstellungen sowie die Utopie eines Systemwechsels als weitere zentrale Charakteristika des antifaschistischen Spektrums bei.

All diese Aspekte deuten bereits an, in welchem extremen Spannungsfeld sich die in den 1920er Jahren in Italien entstandene antifaschistische Bewegung aktuell befindet: Für Sympathisant*innen stellt die Antifaschistische Aktion aufgrund ihres zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus eine Art ‹soziale Bewegung› dar, die Impulse auf Intensität, Richtung und Tempo eines sozialen Wandels setzt. Frei nach dem Zitat des Philosophen Georg Santayana «Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen»¹⁴ strebt sie eine Gesellschaft an, die Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus etc. resolut bekämpft, weil in der Szene die Parole gilt: ‹Wer nichts anderes ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist.› Die Expertise der Antifaschistischen Aktion ist bezüglich dieses Engagements zweifelsfrei von enormer Bedeutung: Vor allem für ihre antifaschistische Aufklärungs-, Bildungs- und Gedenkstättenarbeit erhalten Antifa-Gruppen viel Zuspruch; durch ihre akribischen Chronologien und Dokumentationen sind sie über rechte Aktivitäten und Strukturen oftmals schneller im Bilde als die staatlichen Institutionen und besser informiert als die Medien; und durch ihre sorgfältige Re-

cherche- und Enttarnungsarbeit haben sie als ‹Frühwarnsystem›¹⁵ in der Geschichte bereits viele rassistische und rechtsextreme Straftaten vereiteln können, was sogar der Bayerische Verfassungsschutz in seinem Bericht aus dem Jahr 2016 honorierte.

Insofern erfüllt das Engagement der Antifa-Bewegung offensichtlich einige Kriterien, die aus sozialwissenschaftlicher Perspektive den Begriff ‹Zivilgesellschaft›¹⁶ definieren: Erstens sind Selbstorganisation und Selbständigkeit charakteristisch für (autonome) Antifa-Gruppen; zweitens tragen sie ihre Debatten, Diskussionen und Konflikte im öffentlichen Raum aus, wodurch sie die Anerkennung von gesellschaftlicher Heterogenität anstreben; drittens orientiert sich die antifaschistische Bewegung am Gemeinwohl und den Gesamtinteressen der Gesellschaft. Während das Konzept der ‹Zivilgesellschaft› allerdings von der nicht-gewaltsamen und nicht-militärischen Austragung von Konflikten ausgeht, kennen insbesondere autonome Antifa-Gruppen nicht nur friedliche Formen des Protests. Da sie teilweise vor Gewalt gegen Sachen und Personen nicht zurückschrecken, wird die Einordnung der Antifa-Bewegung in dieses Konzept äußerst kontrovers diskutiert.

Weil zivilgesellschaftliches Engagement sowohl auf persönlicher Betroffenheit als auch auf politischer Solidarität beruht, bedarf es sowohl individuellen Mutes als auch kollektiven Unmutes der Akteur*innen.¹⁷ Dass die (autonome) Antifa-Bewegung dabei oftmals die Grenzen friedlicher Konfliktaustragung überschreitet und für sich punktuell ein Recht auf ‹Gewalt als politisches Lösungsmittel› reklamiert – sich also zur ‹Selbstjustiz› ermächtigt –, stößt auf enorme öffentliche Kritik. Dabei werden jedoch vielfach die Ambivalenzen der Antifa-Bewegung ausgeblendet und antifaschistische Aktivist*innen undifferenziert als ‹Systemoppositionelle› und ‹schwarzgekleidete Terrorist*innen› pauschalisiert.

Ein Paradebeispiel für diesen Bewertungsreflex lieferte abermals Donald Trump im Frühjahr 2020, als er in Folge der Protestwelle der «Black Lives Matter»-Bewegung ankündigte, Antifa-Gruppen als linksterroristische Vereinigungen einzustufen und deshalb in den USA verbieten lassen zu wollen. In der Bundesrepublik löste das absurde Ansinnen des damaligen US-Präsidenten einen weiteren emotionalen Disput über das Phänomen Antifa in den sozialen Medien aus. Wie viele Privatpersonen reagierte auch die SPD-Vorsitzende Saskia Esken im Internet auf Donald Trumps Verbalattacken und twitterte unter Nennung ihres Alters: «58 und Antifa. Selbstverständlich.» Der SPD-Vorstand schloss sich diesem Vorstoß mit Verweis auf die jahrzehntelange Existenz der sozialdemokratischen Partei demonstrativ an: «157 und Antifa. Selbstverständlich.»

Die Kritik folgte postwendend. Der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak twitterte: «Gegen Faschismus & für Demokratie und Menschenrechte. Ohne Gewalt. Für mich selbstverständlich. Für die #Antifa nicht. Traurig, dass der Vorsitzenden [der] #SPD die Kraft zur Differenzierung fehlt.» Seine Amtskollegin von der FDP, Linda Teuteberg, schrieb auf dem Kurznachrichtendienst: «[...] Trump hin oder her: Eintreten gegen Rassismus & für Würde jedes Menschen hat nichts mit #Antifa zu tun. Jeder Demokrat ist Antifaschist, aber nicht jeder Antifaschist ist auch Demokrat.»¹⁸ In einem Gastkommentar für die Neue Zürcher Zeitung kritisierte die Journalistin Bettina Röhl nicht nur die Antifa-Bewegung polemisch mit den Worten «Was sich oft Antifa nennt, droht ununterbrochen mit Gewalt und Anschlägen etwa gegen Politiker oder Polizisten, sie steht für sinnlose Sachbeschädigungen in enormer Höhe», sondern sie konstruierte darin auch eine Kontinuitätslinie zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und Antifa.¹⁹ Schließlich schrieb der Historiker Jan C. Behrends in einem Blogbeitrag vom Juni